

## **Zentralverwaltungswirtschaft – Ein vollkommen ineffizientes sowie in letzter Konsequenz inhumanes Wirtschaftssystem:**

von Hans-Dieter Bottke

Warum kann der Staat eigentlich nicht das Wirtschaftsgeschehen im Sinne der Menschen am besten bestimmen? Der Staat sind doch wir alle. Warum sollten wir uns nicht demokratisch über das verständigen, was produziert wird, wie viel die Leute für die Herstellung der Güter verdienen und wie viel diese dann kosten. Mit unseren heutigen technischen Möglichkeiten in Deutschland wären wir doch problemlos in der Lage, genügend Waren für alle herzustellen. Zudem hört man doch immer wieder, dass Unternehmen Schwierigkeiten haben, ihre Waren verkaufen zu können. Und dann liefern sie sich zudem noch einen gnadenlosen Wettbewerb, indem sie immer mehr Waren auf den Markt werfen, welche dann erst recht keine Käufer mehr finden. In der Folge bleiben dann einige Firmen auf zu vielen ihrer Produkte sitzen und gehen schließlich pleite. Dadurch werden natürlich auch die dort beschäftigten Mitarbeiter arbeitslos. Nur die stärksten und zumeist größten Firmen überleben diesen brutalen Wettbewerb mit seinen regelmäßig wiederkehrenden Überproduktionskrisen. Das Nachsehen haben die vielen normalen Arbeitnehmer, die entweder schon arbeitslos sind oder befürchten, es demnächst zu werden. Warum sollte man diesen so chaotisch anmutenden Markt nicht durch ein zentrales staatliches Planungssystem ersetzen, das durch demokratische Abstimmungen über den Wirtschaftsprozess entscheidet? Für alle wäre gesorgt, keiner bräuchte mehr Angst um seinen Arbeitsplatz haben und hätte ein komfortables Auskommen, da mithilfe unserer modernen Technik genug Waren hergestellt werden können.

Das hört sich doch alles recht gut an, und man fragt sich, warum die Welt der Wirtschaft nicht auf diese Weise viel besser funktionieren würde als zurzeit? Wir werden nachfolgend einmal genauer hinschauen, was wirklich passieren würde, wenn staatliche Planung in einem demokratischen Gemeinwesen an die Stelle des Marktes träte. Stellen wir uns einen Staat vor, in welchem also Behörden das Wirtschaftsgeschehen verwalten und nehmen uns als Beispiel die Telekommunikationsbranche heraus. Dabei betrachten wir nur alles rund um das Telefonieren. Es gibt ausschließlich Telefonapparate mit

Wählscheibe, die an einen festen Anschluss im Haus gebunden sind und deren Hörer über eine Schnur mit dem Hauptapparat verbunden sind. Mobile Geräte, die man quer durch das ganze Haus mitnehmen kann, sind nicht verfügbar. Ganz zu schweigen von Mobiltelefonen! Dafür gibt es schließlich öffentlich zugängliche Telefonhäuschen, verteilt in der ganzen Stadt, in denen gegen Barzahlung – wie bei einem Parkautomaten – ein Telefonat außerhalb der eigenen vier Wände möglich ist. Obwohl die Einwohner dieses wunderlichen Landes nur diesen Zustand kennen, wünschen sie sich schon manche Verbesserungen. Daher richten sie entsprechende Bitten an die Verwaltung, man möge doch zumindest dafür sorgen, daß die lästige Schnur zwischen Hauptapparat und Hörer durch ein abnehmbares, mobiles Gerät ersetzt werde und das mobile Teil überall innerhalb der Wohnung oder des Hauses mitgenommen werden könne, weil dies doch viel bequemer sei, als immer bei jedem Klingeln zum Zentralapparat eilen zu müssen. Außerdem solle die bedienungsunfreundliche Wählscheibe durch Tasten ersetzt werden. Darüber hinaus müsse geprüft werden, ob nicht auch mobiles Telefonieren an jedem Ort im Lande in nicht allzu ferner Zukunft zu ermöglichen sei. Die Mitarbeiter in der Behörde sind über derartige Ansinnen allerdings ganz und gar nicht erfreut, denn was haben **sie** eigentlich von solchen Umstellungen? Nur mehr Arbeit! Also sind sie nicht gerade sehr motiviert, die Bürgerwünsche zu erfüllen. Allerdings dürfen sie das in einer solchen Art und Weise natürlich nicht auf der demokratisch einberufenen Bürgerversammlung den Anwesenden darlegen, weil sie sonst per Volksentscheid womöglich ihren Arbeitsplatz wegen Nichterfüllung des Bürgerauftrages verlieren könnten. Also läßt sich der erfahrene Behördenleiter etwas einfallen und erklärt den erwartungsfrohen Bürgern folgendes: Er selbst und seine Mitarbeiter seien natürlich immer darauf bedacht, die Anliegen der hier Versammelten so gut es geht zu berücksichtigen und alles Menschenmögliche dafür zu tun. Aber so einfach, wie sich das manche dächten, funktioniere das Ganze leider nicht. Zunächst wandte er sich den schnurlosen Telefonen innerhalb des Hauses zu: Wenn man die Änderungsvorschläge umsetzen wolle, müsse man sich mit einer Reihe anderer Behörden zusammensetzen, die für die Produktion der verschiedenen Teile eines Telefons zuständig sind, so beispielsweise mit den Herstellern der Hörer, denjenigen, die für das Gehäuse des Hauptapparates zuständig

sind, anderen, die für die ganze Elektronik verantwortlich zeichnen und nicht zu vergessen den Planungsbehörden für die gewünschten technischen Neuerungen wie den Ersatz der Wählscheibe durch eine Tastatur oder die Funksignale für das schnurlose Telefonieren. Damit aber noch längst nicht genug: Ebenfalls müssten ja auch neue Maschinen geplant und dann gebaut werden, welche die neuen Kunststoffteile für die dann anders aussehenden Telefonapparate in die richtige Form pressen könnten, weil sie durch die Tastatur sowie den mitführbaren Hörer ein gänzlich neues äußeres Erscheinungsbild aufweisen würden. Und so fuhr der Behördenleiter noch eine längere Zeit fort. Schließlich kam er zum Ende seiner Ausführungen und gab den Bürgern zu bedenken, dass all dies unbedingt zu berücksichtigen wäre, damit nicht die ganze wohl geordnete Gesellschaft in Unordnung geriete oder gar Chaos stürze. Wenn sich schließlich herausstellen sollte, dass die gewünschten Neuerungen technisch machbar seien, dann müsse man sich trotzdem überlegen, ob sich der ganze Umstellungsaufwand überhaupt lohne. Die Kosten dafür müssten selbstverständlich alle durch höhere Telefongebühren bezahlen. In Anbetracht der aufgeführten Probleme, die allein eine Änderung der Telefone innerhalb der eigenen Wohnung mit sich bringe, könne man sich leicht vorstellen, was es bedeuten würde, wenn sogar mobiles Telefonieren überall im Lande ermöglicht werden solle; ganz abgesehen davon, ob so etwas technisch überhaupt machbar sei. Es sei doch viel besser, alles so zu belassen, wie es schon immer war! Obgleich die versammelten Bürger nicht gerade begeistert waren, so schienen ihnen die Darlegungen des Behördenleiters sehr plausibel zu sein, und sie folgten seiner Argumentation, nicht zuletzt weil sie ihm nichts entgegenzusetzen hatten.

Mithilfe dieses Beispiels sollten einige Probleme verdeutlicht werden, die staatlichen Behörden innewohnen, wenn sie das Wirtschaftsgeschehen in einem Land planen sollen und dies nicht in einer Diktatur, sondern in einer Demokratie. Schauen wir noch einmal genauer hin, warum es sich so verhält. Zunächst fehlt in einer staatlichen Planwirtschaft der Anreiz für die Angestellten einer Behörde, kreativ auf die Wünsche von Kunden einzugehen. Eine für einen ganz bestimmten Bereich des Wirtschaftsgeschehens verantwortliche Behörde hat keine Konkurrenz zu fürchten, da **ausschließlich sie** bestimmte Güter für die Bürger anbietet. Niemand hat die Chance zu zeigen, dass er es

besser könnte. Desweiteren sind nur Angestellte in ihr tätig, die keinen eigenen Nutzen davon haben, besonders kundenorientiert zu arbeiten, da ihr Gehalt immer gleich bleibt. Wir hatten ja am Anfang bereits festgehalten, dass in einer staatlich gelenkten Wirtschaft die Preise für Waren sowie Arbeitskräfte festgelegt sind, damit in einer solch durchgeplanten Gesellschaft alle sicher ihr Leben bestreiten können, ohne ständig wechselnden, unvorhersehbaren Marktkräften ausgeliefert zu sein. Infolgedessen fehlen Anreize, die Arbeit im Sinne der Kunden möglichst gut zu erledigen oder sogar von sich aus an Verbesserungen zu denken. Jede Änderung des gewohnten Ablaufes bedeutet schließlich nur mehr Arbeit, aber eben nicht mehr Geld. Zudem besteht noch das Problem der Kontrolle der gewohnten Abläufe. Wer ist in einer solchen Gesellschaft dafür zuständig? Einen funktionierenden Marktmechanismus, der effizientes, am Wohl der Kunden orientiertes Handeln belohnt und das Gegenteil davon bestraft, existiert nicht. Also muss wiederum eine Behörde geschaffen werden, die andere Behörden kontrolliert. Und wie Bürokratien funktionieren, konnten wir bereits verfolgen. Auch die Bürger selbst sind mit der Kontrolle völlig überfordert, da sie weder die Zeit noch die Spezialkenntnisse besitzen, um jeden Arbeitsschritt in einem für was auch immer zuständigen Amt beurteilen zu können. Jeder kennt sich in seinem Bereich einigermaßen aus, aber keinesfalls in allen möglichen Produktionsprozessen in einer technisch fortgeschrittenen Gesellschaft.

Aber selbst unter der realitätsfernen Annahme, dass fast alle Mitarbeiter in den jeweiligen Staatsbürokratien, trotz fehlender Anreize für sie selbst, wirklich bemüht wären, nur das Beste für die Bürger zu wollen und egoistische Eigeninteressen hintanstellten, wären sie zum Scheitern verurteilt. Warum ist dies so? Es liegt ganz wesentlich an der ungeheuren Komplexität des heutigen Wirtschaftsgeschehens, das große, unflexible Behörden auch mit besten Absichten gar nicht beherrschen können. Denken wir nur an die ständig wechselnden Wünsche der Verbraucher, die in den verschiedensten Moden zum Ausdruck kommen. Auf die in ständigem Wandel befindlichen Bedürfnisse der Menschen sind nur dezentral agierende Einheiten in der Lage, angemessen zu reagieren, aber keinesfalls zentral gesteuerte Bürokratien, weil der Informationsaufwand in derartigen Strukturen so immens ist, dass ein effizientes Agieren nicht mehr möglich ist. Wir konnten an dem oben aufgeführten Phantasiebeispiel über die Einfüh-

rung neuer Telefonapparate erkennen, wie viele Behörden in die Planung einbezogen werden müssten, damit der Bürgerwunsch nach Verbesserungen auf dem Gebiet überhaupt umsetzbar ist. Obwohl der Behördenleiter zwar aus Eigeninteresse diese Argumente gegen das Begehren der Bürger vorbrachte, so sind sie keineswegs aus der Luft gegriffen. Denn es müssen in der Tat viele Aspekte Beachtung finden, wenn solche Neuerungen realisiert werden sollen. Und in solch großen Behörden benötigt eine Information sehr viel Zeit, bis sie alle Betroffenen erreicht hat, weil die Weitergabe nach streng vorgegebenen Regeln verläuft. Damit ist der Informationsfluss aber notwendig unflexibel und langsam, insbesondere wenn es Abweichungen vom Gewohnten gibt. Aber gerade solches Abweichen vom immer Gleichen ermöglicht erst Fortschritt. Nur durch die Infragestellung des Gegebenen können Verbesserungen eingeleitet werden. Und dafür sind kleinere sowie flexiblere Einheiten – nennen wir sie Unternehmen – im Vergleich zu solch großen Staatsbürokratien viel besser geeignet, ihre Informationen dezentral über Märkte auszutauschen, wo Angebot und Nachfrage aufeinander treffen.

Abschließend können wir festhalten, dass der Traum von so manchem, man könne das teilweise chaotisch anmutende Wirtschaftsgeschehen durch staatliche Planung besser in den Griff bekommen, beim Versuch der Umsetzung in einem Alptraum enden würde, selbst wenn es im Rahmen einer Demokratie stattfinden sollte. Ein derart starres Planungsregime ist zunächst einmal gar nicht in der Lage, auf die Wünsche der Bürger angemessen einzugehen, selbst beim besten Willen der Behördenmitarbeiter. Zudem verhindert es jegliche Kreativität und Spontaneität, beides unerlässliche Voraussetzungen für Innovationen und technischen Fortschritt aller Art. Nicht zuletzt vermindert ein solches Gesellschaftssystem den Freiheitsspielraum des Einzelnen in völlig unakzeptabler Weise, da ja privates Unternehmertum beispielsweise nicht zugelassen wäre. Die Geschichte lehrt uns aber, dass Menschen sich mit viel Phantasie aus ihrer Sicht unzumutbaren Einschränkungen ihrer Entfaltungsmöglichkeiten immer wieder entzogen und zum Teil sogar Regime, die dies praktizierten, zu Fall gebracht haben. Aus der jüngsten historischen Erfahrung wissen wir, dass kein Zentralverwaltungssystem dauerhaft funktionierte sowie während seines Bestehens weder dem Prinzip der freien Entfaltung der Persönlichkeit noch der Ermöglichung eines von der Bevölkerung

als hinreichend akzeptierten Wohlstandsniveaus auch nur annähernd nahe zu kommen vermochte. Die Gründe für das Scheitern sind – wie wir eben erfahren konnten – grundsätzlicher Natur und nicht etwa auf persönliches Fehlverhalten einiger Spitzenfunktionäre zurückzuführen, obgleich dies die Situation zusätzlich verschärft.

Die besondere Würde des Menschen besteht darin, ein freiheitsbegabtes Vernunftwesen zu sein. Er strebt also prinzipiell danach, seine Persönlichkeit frei entfalten zu können, d.h. den eigenen Wünschen und Vorstellungen ohne äußere Bevormundung nachzustreben. Dies ist in einem Zentralverwaltungssystem aber nicht möglich, da alle wesentlichen Entscheidungen innerhalb der staatlichen Bürokratie gefällt werden müssen, welche damit den Anspruch erhebt, dass sie am besten in der Lage sei, über die für die Menschen vorteilhaftesten Lebensbedingungen zu befinden. Selbst wenn ein solches System durch demokratische Abstimmungen zustande käme, bedeutete dies eine unerträgliche Bevormundung des Einzelnen und somit eine nicht zu akzeptierende Missachtung seiner Würde, so dass hier eine, auch für den demokratischen Gesetzgeber, nicht überschreitbare Grenze vorliegt, die jener zu beachten hat, wenn seine Beschlüsse moralische Legitimität beanspruchen wollen. Desweiteren müsste ein solches System aber ohnehin schon nach kurzer Zeit zusammenbrechen, weil die Menschen sehr schnell erkennen würden, dass einerseits der bürokratische Aufwand dafür so immens sein würde, dass er gar nicht finanzierbar wäre und andererseits, dass durch fehlende ökonomische Anreize für die handelnden Wirtschaftssubjekte, sowohl für jene selbst, aber auch für die Gesellschaft insgesamt, sehr ineffiziente Entscheidungen getroffen werden würden, weil alle nur darauf zu achten hätten, den staatlichen Planvorgaben zu folgen, anstatt davon in vielen Einzelfällen abweichende, aber sinnvollere Alternativen zu wählen. Gerade durch einen überdimensionierten zentralen Apparat, der fast alle individuelle Kreativität und Spontaneität der Menschen unterdrückt und sie damit auch entmündigt, wird ökonomisch effizientes Verhalten systematisch unterminiert. Ebenfalls darf das Eigenleben einer großen Bürokratie nicht unterschätzt werden. Obwohl die dort Tätigen eigentlich im Auftrag und zum Wohle des gesamten Volkes agieren sollten, besitzen sie vielfältige Eigeninteressen, welche durchaus denjenigen ihres ursprünglichen Auftraggebers entgegenstehen können, so dass häufig gesamtwirtschaftlich sehr schlechte

Entscheidungen getroffen werden würden. Um diese einzugrenzen, wären Kontrollen notwendig, die aber in einem solchen System nicht durch den Markt, sondern durch die Bürokratie selbst erfolgen müssten und wiederum zusätzlichen Aufwand erforderten, ohne höchstwahrscheinlich sehr effektiv zu sein. Schließlich würden sich sehr viele einem derartig bevormundenden Zwangssystem entziehen: entweder durch Schwarzarbeit bzw. Schwarzmärkte oder durch Auswanderung; letztere müsste in einem demokratischen System möglich sein. Da der Mensch nun einmal immer nach individueller Freiheit strebt, wenn auch in unterschiedlichem Maße, so kann allein schon deshalb dieses Wirtschaftssystem niemals dauerhaft im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung funktionieren. Es ließe sich nur durch staatliche Unterdrückung bis hin zum Terror aufrechterhalten und wäre dabei stets durch das Aufbegehren der unterdrückten Bevölkerung gefährdet. Zu den verschiedensten Versuchen der Menschen, sich Zwangssystemen zu entziehen, ob nun in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, in der Zeit vor der Währungsreform 1948 in Westdeutschland oder anhand vieler anderer historischer Beispiele, existiert eine reichhaltige Literatur, so dass hier auf weitere Erörterungen zu dieser Thematik verzichtet werden kann und festzuhalten bleibt, dass eine Zentralverwaltungswirtschaft sowohl inhuman als auch ökonomisch ineffizient und daher keinesfalls als Wirtschaftssystem in Betracht zu ziehen ist.

---

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, [info@drbottke.de](mailto:info@drbottke.de)